



22. 10. 2007

Branchenausschuss Bahnindustrie der IG Metall:

Volksaktie ist kein Mittel Bahnprivatisierung zu verhindern !

Mit dem Volksaktienmodell möchte der SPD Parteivorstand den Widerstand der SPD Mitglieder gegen die Bahnprivatisierung brechen. Mit der Privatisierung der Bahn soll eines der größten strategischen Ziele neoliberaler Politik umgesetzt werden.

Ein Infrastrukturprojekt wie die Bahn ist aber nicht geeignet kapitalmarktfähige Renditen zu erwirtschaften. Der Versuch jetzt mit einem Einstieg in die Privatisierung 25,1% der Anteile der Bahn als so genannte Volksaktien zu veräußern, wird darin enden, dass am Ende doch Großinvestoren das Sagen haben werden. Bei korrekter Bilanzierung – allein das Schienennetz hat einen Wert von ca. 100 Mrd. Euro – werden die für den Kauf von Aktien notwendigen Kapitalsummen nicht von Kleinanlegern eingesammelt werden können. Selbst bei einer drastischen Unterbewertung der Bahn, wie von Tiefensee und Mehdorn vorgenommen, müssten noch 4-5Mrd Euro eingesammelt werden.

Spätestens nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs über das VW-Aktiengesetzes, sollte offensichtlich geworden sein, dass mit dem Volksaktienmodell der Einstieg von Großinvestoren dauerhaft nicht verhindert werden kann. Welche Konsequenzen das haben wird, können wir aktueller Berichterstattung über die Stilllegungspläne von bis zu 14 000 Streckenkilometern entnehmen.

Ein Infrastrukturunternehmen wie die Bahn kann (bei korrekter Bilanzierung, welche spätestens nach Beteiligung von Privaten durch EU-Recht durchgesetzt werden wird) dauerhaft keinen Bilanzgewinn in der erwarteten Höhe erzielen. Dann wird bereits nach aktuellem Aktiengesetz die Stimmrechtslosigkeit der Aktienbesitzer gegenstandslos sein.

Wir bleiben dabei: Wir reden nicht über das ‚Wie‘ sondern über das ‚Ob‘ der Privatisierung.

Die Mitglieder des IG Metall Branchenausschusses Bahnindustrie sind der festen Überzeugung: ein weiterer Zugriff privater Kapitalverwertungsinteressen auf Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge muss verhindert werden. Die Betriebsräte im Branchenausschuss der IG Metall lehnen eine Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG - auch in Form einer Teilprivatisierung - ab. Bei einer Kapitalprivatisierung der DB AG würden die Interessen privater Anteilseigner an einer möglichst hohen Rendite in den Vordergrund rücken. Bereits der Verkauf eines Minderheitenanteils an einen privaten Investor bzw. an private Investoren würde diese Wirkungsmechanismen in Gang setzen.

Eine Kapitalprivatisierung würde dazu führen, dass das unter verkehrs- (Mobilitäts- und Transportangebot) und umweltpolitischen (Klimaschutz, Ressourceneffizienz) Gesichtspunkten erforderliche Investitionsvolumen unterschritten würde, mit negativen Folgewirkungen für die hoch leistungsfähige und innovative einheimische Bahnindustrie.

Insgesamt würde bei einer Kapitalisierung die zentrale Rolle des Schienenverkehrs bei der Entwicklung eines intelligenten, integrierten und intermodularen Verkehrssystems deutlich beeinträchtigt werden.

Die Deutsche Bahn AG muss als integriertes Unternehmen vollständig in öffentlichem Eigentum verbleiben. Dies ist aus wirtschafts-, verkehrs-, industrie-, umwelt- und gesellschaftspolitischen Erwägungen erforderlich.

Diese Überlegungen gelten nicht nur auf der nationalen Ebene. Eine nachhaltige Vernetzung der Schienenverkehrssysteme und die Abwicklung eines leistungsfähigen transnationalen Schienentransports im Zusammenhang mit der europäischen Integration wird sich nicht über eine Privatisierung der Eisenbahnen und den Versuch einer Simulation von Wettbewerb im Schienentransport erreichen lassen. Geboten ist vielmehr die Eröffnung einer Debatte über den Aufbau eines öffentlichen europäischen Schienenverkehrssystems.

Die IG Metall wird sich auf europäischer Ebene für eine Intensivierung der Debatte um die Sicherung und den Ausbau öffentlicher Bereiche der Daseinsvorsorge im Zusammenhang mit der europäischen Integration einsetzen.